ist es, der für unsere Darstellung besonders in Betracht kommt, halten die Unterzeichner sich überzeugt, die teutsche Verfassung würde ihren festesten Bestand alsdann erst behaupten können, wenn ein gemeinsames Oberhaupt, welches dem teutschen Verband den ersten Rang unter den europäischen Nationen gab, an der Spitze der deutschen Verbindung dem von den Ständen des Bundes gemeinsam Beschlossenen die unverbrüchliche Vollziehung sichern, die Säumigen oder Weigernden ohne Unterschied mit erforderlichem Nachdruck zur Erfüllung des Bundesvertrags anhalte, der Bundesjustiz schnelle und vollkommene Folge verschaffe, die Kriegsmacht des Bundes leite, und so im Innern und gegen Außen allen Staaten desselben, auch dem mächtigsten, als Beschützer, erster Repräsentant der teutschen Nation und Gegenstand allgemeiner Ehrfurcht, der Verfassung aber als kräftigster Garant, als teutscher Freiheit Aegide, sich darstelle."

Denselben Tag richtete, gleichsam als Commentar zu dieser Declaration, der braunschweigische Gesandte, Geheimerath von Schmidt-Phiseldeck, an den Vertreter Hannovers, Grafen Münster, eine Note,[1]) worin er auf eine am 11. November mit diesem Minister gehabte Unterredung Bezug nahm, in der er den gemeinschaftlichen Wunsch aller Unterzeichner der Declaration zu erkennen gegeben hatte „die Verfassung des teutschen Bundes zu dessen bessern Zusammenhaltung durch Wiederherstellung der Kaiserwürde geknüpft zu sehen." Als „gemeinschaftliche Ansicht und Meinung" theilt er nun die für besonders wesentlich gehaltenen „Attributionen der Würde eines Bundeshauptes" mit, über deren Detail man sich übrigens erst einigen könne, wenn damit ein vollkommener Entwurf einer Constituirung des Bundes verbunden sei. Die Befugnisse des Kaisers oder Bundeshaupts sollten hiernach bestehen: in der Aufsicht über die Beobachtung und Vollstreckung der Bundesbeschlüße, Aufsicht über die Justizverfaßung mit dem Befugnisse der Ernennung des Personals und

[1]) Klüber, Acten I, 1, 77 ff.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Vollstreckung der Erkenntnisse, wo solches nöthig sein sollte, Vorsitz in der Bundesversammlung und Repräsentation nach Außen, endlich Direction der Reichsbewaffnung und Anführung im Reichskriege. Von der Frage über die Erblichkeit der Würde eines Bundeshaupts „unter welchem Titel es übrigens sey," meint er, „sie sey an sich sehr verschiedenen Betrachtungen unterworfen und glaube man, daß dieselbe, von mehreren politischen Rücksichten abhängig, für diesen Augenblick noch unberührt gelassen werden dürfe." Die weiteren Ausführungen der Note, namentlich die Widerlegung der von Münster gegen die Wiederaufrichtung der Kaiserwürde vorgebrachten Gründe und der Nachweis, daß die in Deutschland existirenden Könige für die Erneuerung jener Würde kein Hindernis sein könnten, kommen für unsere Zwecke hier weniger in Betracht. Ebensowenig wollen wir die verschiedenen Stadien, welche nun die Kaiserfrage auf dem Congresse durchlief, einer eingehenden Erörterung unterziehen. Bei der Geschichte der berühmten Declaration schien es uns jedoch geboten, die Quellen etwas ausführlicher reden zu laßen wegen des hervorragenden Antheils, den, wie wir sahen, der Freiherr vom Stein an ihrer Entstehung hatte. Zu unserer Verwunderung sehen wir ihn, der seit dem Vertrage von Chaumont mit der Kaiseridee gänzlich gebrochen zu haben schien, plötzlich wieder als deren Förderer. Wodurch dieser Umschlag in seinen Ansichten eintrat, ist uns nirgends vollständig aufgeklärt. Sei es, daß bei den Bevollmächtigten der Kleinstaaten der Gagernsche Reichsgedanke doch mehr Boden gefunden hatte, als Stein dachte, so daß dieser, als er, mit Umgehung Gagerns, ihre Führerschaft übernahm, „zu schieben glaubte, aber geschoben ward," sei es — und dies scheint uns das Wahrscheinlichere — daß auch der große Reichsfreiherr unter dem Banne des Zaubers stand, den der Kaisername von jeher auf den deutschen Patrioten ausübte. Alle gelehrten Deductionen von der Unmöglichkeit des Kaiserthums, so richtig sie auch sein mochten, alle Hinweisungen auf die klägliche Rolle, welche der deutsche Kaiser schon lange vor der Auflösung

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

des heiligen römischen Reichs gespielt, hatten jenen Namen nicht des idealen Glanzes berauben können, den Jahrhunderte einstiger Größe ihm verliehen hatten. Ihn dachte sich, trotz der Zeiten der Trübsal, von denen, namentlich unter dem letzten Kaisergeschlechte, das Vaterland heimgesucht worden war, eine nicht geringe Anzahl der Besten der Nation eng verknüpft mit deutscher Macht und deutscher Größe. Den Gefühlen dieser „Schwärmer," wie man sie später schalt, lieh damals vor Allen Max von Schenkendorf poetischen Ausdruck. Aus jenen Tagen stammt sein schönes Gedicht „Seine Herrin," das mit den begeisterten Strophen schließt:

„O tritt hervor in deiner Schöne,
Von heil'gem Eichenzweig umlaubt,
Daß dich die Hand des Volkes kröne,
Das immerdar an Dich geglaubt.
Ein Leuchten ist's aus großen Tagen,
Das dich, du Herrliche, umwallt,
Wie Zauber schwebt's von alten Sagen
Um deine selige Gestalt.
Wer dich nur schauet, muß entbrennen
In Liebesgluth und Andacht gleich;
So laß mich Deinen Namen nennen:
Mein heiliges, mein deutsches Reich!"

Und wenige Wochen später kennzeichnete nur zu wahr wieder der edle Dichter die mit tiefem Schmerze über den Gang der Dinge erfüllte Stimmung von tausenden und aber tausenden deutscher Herzen, wenn er im Juni 1814, als durch die Bestimmungen von Chaumont und Paris die Hoffnungen auf Wiederherstellung von Kaiser und Reich ein für allemal zerstört schienen, in seinem an Jahn gerichteten „Erneuten Schwur von wegen des heil. deutschen Reiches" sang:

„Es haben wohl gerungen
Die Helden dieser Frist,
Und nun der Sieg gelungen,
Uebt Satan neue List.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Doch wie sich auch gestalten
Im Leben mag die Zeit,
Du sollst mir nicht veralten,
O Traum der Herrlichkeit!"

Auch in Stein sahen wir ja noch wenige Jahre vorher einen warmen Verehrer des Kaiserthums, freilich nicht des verfaulten, sondern eines auf neuen Grundlagen zu organisirenden. Er hatte gewünscht „einen Zustand herzaubern zu können, wie er unter den großen Kaisern des 10. bis 13. Jahrhunderts geherrscht," ihm schien „statt der Wiederherstellung der deutschen Verfassung des westphälischen Friedens unendlich angemessener die Wiederaufrichtung der alten Monarchie, die Bildung eines Reichs, welches alle sittlichen und physischen Bestandtheile der Kraft, Freiheit und Aufklärung enthielte." Mehr als je mochten ihm nach den Vorgängen der letzten Wochen „die Dynastien vollkommen gleichgültig und blos Werkzeuge," die Erneuerung des Kaisertitels bei der Unmöglichkeit Einheit herzustellen „ein Auskunftsmittel, ein Uebergang" sein. Die Vorsteherschaft, ausgeübt von einer längst anerkannten Großmacht, schien ihm schließlich bei weitem einem Bunde gleichberechtigter Mitglieder vorzuziehen, in welchem von dem ehemals Reichsunmittelbaren als „Unterdrücker und Usurpatoren" betrachtete Kleinfürsten sich der Unabhängigkeit zu erfreuen hatten.[1]) Vielleicht war er auch in dem Glauben, durch den Drang der Verhältnisse und den einmüthigen Wunsch der Nation würden die Fürsten im Laufe der Zeit endlich doch zu Concessionen zu Gunsten der Kaisergewalt genöthigt sein. Dazu kam der oben besprochene idealistische Zug, dem wir sonst bei dem praktischen Staatsmanne so wenig begegnen und so wurde Stein die Seele einer Bewegung, die bei dem historisch gewordenen Zustand der Dinge in Deutschland, bei der Existenz zweier deutschen Großmächte, von vorneherein eben so aussichtslos war, als sie es, von nicht schlechteren Männern als Stein unternommen, fünfunddreißig

[1]) Gagern, Antheil IV, 166 ff. Brief Steins an Gagern vom 1. Mai 1826.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Jahre später gewesen ist. Den sonst ihm eigenen politischen Scharfblick hat er bei dieser Gelegenheit nicht bewiesen. In seinem späteren Leben sah er dies selbst wohl ein und kam daher nie auf das Kaiserprojekt zurück. Daß er aber nicht, wie mehrere der kleinstaatlichen Gesandten von sich eingestanden,[1]) lediglich in der Absicht, die Fünfercommission zu sprengen, an der Declaration Theil genommen hat, dafür bürgt uns die Lauterkeit seines Charakters ebenso sehr als seine eifrigen Bemühungen für die Wiederherstellung des Kaiserthums zu einer Zeit, wo schon längst keine Fünfercommission mehr existirte.

Wer nun nach dem Wunsche der Kleinstaaten Kaiser werden sollte, gieng zwar aus ihrer Note nicht unmittelbar hervor, ergab sich aber aus ihrer nun über diesen Punkt erfolgenden Correspondenz mit dem Grafen Münster,[2]) den Metternich und Hardenberg, um einer direkten Antwort auf die Forderungen der Petenten einstweilen auszuweichen, ins Vordertreffen stellten. Danach wollte man die Würde dem historischen Rechte nach wieder Oesterreich übertragen. Diese Macht hatte nämlich, den Erklärungen Metternichs zu Teplitz, Frankfurt, Chaumont und Paris zum Trotz, in der letzten Zeit eine politische Schwenkung gemacht und sich der Wiederannahme des Kaisertitels nicht abgeneigt gezeigt. Schon den 22. October hatte Kaiser Franz einer Deputation deutscher Standesherren,[3]) für welche in der Audienz die Fürstin-Vormünderin

---

[1]) Schaumann in Raumers hist. Taschenbuche 1850. S. 207 ff.

[2]) Klüber I, 1, 82 ff. Mit Münster gerieth Stein in Folge von dessen partikularistischer Haltung auf dem Congresse in ein feindseliges Verhältnis, das erst in späteren Jahren wieder freundschaftlichen Beziehungen Platz machte.

[3]) Es waren der Fürst von Wied-Neuwied, der Graf von Erbach-Erbach, der Landgraf von Fürstenberg. Ihre Anrede, die Antwort des Kaisers und die Bittschrift s. bei Klüber I, 2, 37 ff. Den 7. December thaten viele andere mediatisirte gräfliche und fürstliche Häuser einen ähnlichen Schritt. Die betreffende Note, worin auch sie ihre Souveränetätsrechte betonten, abgefaßt von ihrem Bevollmächtigten von Gärtner, unterschied sich jedoch

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

von Fürstenberg das Wort führte, auf ihre Bitte um Erneuerung der Kaiserwürde und Schutz ihrer angeborenen Rechte, erwiedert: „Ich bin schon von mehreren Seiten angegangen worden, die deutsche Krone wieder anzunehmen und es ist auch mein Wunsch, wenn dessen Erfüllung sich mit dem Interesse meiner eigenen Länder vereinigen läßt.“ Und der Schluß seiner Antwort hatte gelautet: „Ich weiß nun, was die Deutschen für ein gutes und braves Volk sind und Sie können darauf zählen, daß ich Ihr gerechtes und billiges Verlangen, so viel an mir liegt, unterstützen werde.“ Dieser Bescheid mochte auf die Faßung des Schlußes der Declaration nicht ohne Einfluß geblieben sein. An ein Uebertragen der Kaiserwürde auf Preußen dachte damals in einflußreichen Kreisen Niemand. Nur der schaumburg-lippesche und waldecksche Bevollmächtigte, Herr von Berg, soll für diesen Plan thätig gewesen sein![1]) Man wußte, daß Preußen die Wiederherstellung der Würde nicht wollte. „Es wollte sie nicht, sagt Gagern ganz richtig, als Hilfsmittel und Gewicht in Oestreichs Hand — — ohne Aequivalent für sich selbst. Und es wollte sie nicht als ein bloßes Nichts. Man hatte zu viel Verstand, um solche Nichtigkeit, solche permanente Rolle des Ungehorsams, den steten Widerspruch angelobter Heeresfolge und willkührlicher Abberufung — kurz die lange Agonie von Kaiser und Reich noch zu verlängern.“[2]) Auch scheint es in der That, als ob Stein sich für das Kaiserprojekt, das seinen mit Hardenberg getroffenen Vereinbarungen so sehr widersprach, erst allmählich erwärmt habe, denn wir hören anfänglich nichts von Schritten,

---

dadurch von der Fürstenbergschen Anrede und Bittschrift, daß sie nicht an den Kaiser Franz, sondern an die Bevollmächtigten Oesterreichs, Preußens und Hannovers gerichtet war und das gewünschte constitutionelle Oberhaupt nicht geradezu nannte. Klüber I, 2, 53 ff.

[1]) Schaumann S. 211.

[2]) Antheil II, 197.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

die er zu seiner Realisirung gethan hätte.[1]) Freilich traten bald nach der Ueberreichung der Declaration andere und größere politische Fragen derart auf dem Congresse in den Vordergrund, daß die Behandlung der deutschen Verfaßungsangelegenheit einstweilen ganz bei Seite geschoben und erst nach Abwickelung dieser Fragen von europäischem Interesse, zwei Monate später, wieder aufgenommen wurde. Das Schicksal Sachsens und Polens nahm vorerst die Aufmerksamkeit der Großmächte vorwiegend in Anspruch. Welchen hervorragenden Antheil Stein an den Verhandlungen über diese beiden Länder nahm, ist hinlänglich bekannt. Seine eifrigen Bemühungen, ganz Sachsen dem preußischen Staate zuzuwenden, waren nicht von Erfolg gekrönt. Statt eines geschloßenen Staatsgebietes erhielt Preußen durch den Neid seiner Alliirten „das langgestreckte Kleid, wie es Ludwig Börne nennt,[2]) worin es sich nur mühsam bewegen konnte, Grenzen, die ihm, wie ein weites Gewand, um die Glieder schlotterten." Seine Gegner dachten es dadurch ohnmächtig zu machen. Daß sie gerade das Gegentheil bewirkten, hat die Geschichte der letzten Jahrzehnte bewiesen.

Für das Schicksal des Kaiserprojekts aber waren jene Territorialstreitigkeiten geradezu entscheidend. Der Antagonismus der beiden deutschen Großmächte hatte sich durch sie bis zu einem Grade gesteigert, daß nun an eine Unterordnung Preußens unter einen habsburgischen Kaiser erst recht nicht mehr zu denken war. Es war wahrlich nicht die Schuld des österreichischen Cabinets, wenn die Kämpfer für Europas Befreiung nicht das Schwert gegeneinander kehrten, wie es nach dem geheimen Bündnis beabsichtigt war, das am 3. Januar 1815 England, Oesterreich und — Frankreich gegen Preußen und Rußland abgeschloßen hatten.[3]) Wenn

---

[1]) Den sonstigen Stand der deutschen Frage setzte er im Januar 1815 in den beiden bei Pertz IV, Beilage 26 und 28 mitgetheilten Memoires den russischen Vertretern ausführlich auseinander.

[2]) Schüchterne Bemerkungen über Preußen und Oesterreich. 1818.

[3]) Eine vorzügliche Darstellung dieser Vorgänge, worin namentlich der Thätigkeit Talleyrands besondere Beachtung geschenkt ist, findet sich bei Th. von

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

nun auch der drohende Sturm sich, namentlich durch Englands Zurückweichen, verzog, so war doch die preußische Politik jetzt noch mehr als zuvor darauf angewiesen, an Rußland eine Stütze zu suchen. Andererseits mußte Rußland daran gelegen sein, die zwischen Preußen und Oesterreich schon bestehende Kluft zu erhalten und wo möglich zu vergrößern, um einer Coalition der Großmächte gegenüber nicht isolirt dazustehen. Nur so läßt sich der Eifer erklären, mit dem das russische Cabinet im Februar 1815 auf Steins Betrieb in der Kaiserfrage vorgieng, deren Wiederanregung den beiden deutschen Großmächten von Neuem ihren Gegensatz zum Bewußtsein bringen mußte. Während nämlich im Beginn jenes Monats sowohl Preußen durch Wilhelm von Humboldt als auch Oesterreich durch seinen zweiten Bevollmächtigten Wessenberg neue Entwürfe zur Bundesverfaßung den Abgeordneten sämmtlicher deutscher Staaten vorlegten, unter welchen die 32 standhaft an der Erneuerung der Kaiserwürde festhielten, rief Stein, durch den seitherigen Gang des Congresses von Mistrauen gegen die deutsche Politik des Wiener und Berliner Hofes erfüllt, von Neuem Alexanders Vermittlung an. Zunächst wandte er sich an den russischen Minister, Grafen Kapodistrias, und suchte diesen für die Forderung der Kleinstaaten zu interessiren. Der geistreiche Grieche, der sich in kurzer Zeit das vollständigste Vertrauen des Czaren zu erwerben gewußt hatte, fand in den Bestrebungen des deutschen Freiherrn sympathische Anklänge an seine eigenen. Wie Stein die politische Wiedergeburt eines edlen Volkes zu seiner Aufgabe gemacht hatte, so auch er. All sein Dichten und Trachten gieng von Jugend an auf die Befreiung seiner unglücklichen Nation vom türkischen Joche. Dafür war er in seiner Heimath Korfu thätig gewesen, dafür wirkte er, als er, in russische Dienste getreten, rasch eine Stufe der Ehren nach der anderen erklommen und zu Wien mit Nesselrode die erste der damaligen Großmächte zu ver-

---

Bernhardi, Geschichte Rußlands u. s. w. I, 62 ff. Vgl. dazu auch M. Duncker in den Preuß. Jahrbüchern XII, 521 ff.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

treten hatte. Dort stiftete er die Gesellschaft der Philomusen, jenen nachher unter dem Namen der Hetairie so berühmt gewordenen Bund von Griechen und Griechenfreunden, der bei seinem Streben nach sittlicher Veredlung des Hellenenvolkes zugleich im Geheimen dessen Erhebung gegen die Unterdrücker vorbereitete. Rußland so mächtig als möglich zu machen, ihm Allianzen für die Zukunft zu sichern, war zu jener Zeit das hauptsächlichste Ziel seiner Staatskunst. Denn von dem glaubensverwandten Rußland hoffte er die Verwirklichung der Pläne Peters des Großen zum Sturz der Osmanenherrschaft in Europa.[1]) Dies sein hellenisch-russisches Interesse überwog natürlich bei weitem die Sympathien, welche er für eine, gleich der seinigen, um die Cultur der Menschheit hochverdiente Nation und insbesondere ihren ritterlichen Vertreter empfand. Demgemäß diente ihm das Ansuchen Steins, bei seinem Souverän für die Kaiseridee einzutreten, als ein willkommenes Mittel zum Zweck. Es war ihm klar, daß eine scheinbare Begünstigung Oesterreichs in der Kaiserfrage von Seiten des russischen Cabinets nur zur Vermehrung der Spannung zwischen den beiden deutschen Großmächten führen würde, und wenn, wie zu erwarten stand, das Steinsche Projekt an Preußens Widerstand Schiffbruch gelitten hatte, war diese Macht so isolirt in Deutschland, als ihr nordischer Nachbar es nur für seine Pläne wünschen konnte.[2]) Ehrlich waren also Kapodistrias Motive zur Unterstützung Steins und der Kleinstaaten nicht, aber jedenfalls diplomatisch. Wieder zeigt sich demnach hier, was wir schon mehrmals zu beobachten Gelegenheit hatten, daß Stein für die sogenannte hohe Politik nicht geschaffen war. Ihren Winkelzügen zu folgen vermochte seine „überall ohne jegliche Rücksicht auf die Sache gewandte Natur von schwerem und großem Style"[3]) nicht. Mag nun auch der gegen ihn erhobene Vorwurf der Unreife des politischen Denkens in der Kaiserfrage[4])

---

[1]) K. Mendelssohn-Bartholdy: Graf Johann Kapodistrias S. 20.

[2]) Bernhardi, Geschichte Rußlands u. s. w. I, 156 f.

[3]) H. v. Sybel, Kleine histor. Schriften I, 288.

[4]) W. Maurenbrecher in den Preuß. Jahrbüchern XXVII, 57 f.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

nicht ohne Grund sein, der Bewunderung seiner Persönlichkeit wird er niemals Eintrag thun. Die Nation hat die Reinheit seiner Beweggründe nie verkannt, Stein selbst ist durch bittere Erfahrung belehrt worden, wie sehr er geirrt hatte.[1]) Doch kehren wir zur Betrachtung der Schritte zurück, die Kapodistrias auf seine Anregung that.

Nach mehreren mit Stein gepflogenen Conferenzen verfaßte der russische Minister eine Denkschrift für den Kaiser Alexander, welche unter dem Namen der „Considérations sur l'Empire Germanique" bekannt geworden ist.[2]) Sie ward von ihm den 9. Februar seinem Gebieter vorgetragen. Es war darin zunächst der politischen Wichtigkeit Deutschlands seiner Lage und des Charakters seiner Bevölkerung wegen gedacht, wobei für die deutsche Nation verschiedene schmeichelhafte Beiworte abfielen. Denn sie wird unter Anderem „parmi les nations modernes la plus éclairée, la plus meditative" genannt. Nach Betonung der Nothwendigkeit im eigenen Interesse Deutschlands und dem Europas (d. h. Rußlands) unserem Vaterlande eine Verfaßung zu geben, kommt der Graf zu der Frage, ob diese Verfaßung so einzurichten sei, daß sie die deutschen Stämme zu einem wohlorganisirten Ganzen vereinige oder ob es räthlich erscheine, den seitherigen Zustand der Dinge in Deutschland zu belaßen, in dem der Keim zu immer neuen Veränderungen liege. Bleibe die Leitung der deutschen Angelegenheiten den fünf Mächten der ehemaligen Commission überlaßen, so würden Streitigkeiten unter diesen nicht ausbleiben. Frankreich werde diese Gelegenheit gern ergreifen, durch seine Einmischung wieder Einfluß in Mitteleuropa zu erlangen und sich mit Oesterreich gegen den Norden Deutschlands verbinden. Rußland könne dann auch nicht neutral bleiben, sondern sei genöthigt Partei zu nehmen. „Il paroit donc, fährt das Memoire fort, que le

---

[1]) Man lese namentlich den Schluß des Postscriptums zu dem Briefe an Eichhorn vom 3. Januar 1818 bei Pertz V, 857.

[2]) Bei Pertz IV, Beilage 33.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

pacte fédéral, qu' on projète, est non seulement contraire au repos et à l'indépendance de l'Allemagne, mais aussi il s'oppose à l'affermissement d'un véritable équilibre et de rapports stables entre les Etats Européens." Frankreich muß jede Möglichkeit, sich mit Oesterreich zu verbinden, entzogen werden. Deshalb ist es nöthig, Oesterreich an die Interessen Deutschlands zu feßeln, indem man seinen Kaiser zum Haupt des deutschen Bundesstaates, sei es zum erblichen, sei es zum wählbaren, macht. „Par là l'indépendance de l'Allemagne est garantie, et celle de l'Europe n'aura plus à redouter une alliance entre la France et l'Autriche." Preußen — und das ist nicht der letzte Gesichtspunkt bei dieser Beweisführung — „renfermée dans les justes limites de sa grandeur actuelle" wird als Mitglied des neuen deutschen Reiches seine politischen Beziehungen zu den Nordmächten unverändert beibehalten (que la Prusse — participant à cette confédération, conserveroit sans altération ses rapports politiques avec les puissances du Nord.) Zugleich könne dann der Kaiser von Oesterreich, als Träger der alten römisch-deutschen Kaiserkrone, zur Begründung einer nationalen Existenz Italiens beitragen, indem er aus seiner dortigen bedeutenden Besitzungen eine Secundogenitur seines Hauses errichte. Schließlich folgt noch die Versicherung, daß die deutsche Kaiserwürde Oesterreich keine „prépondérance aggressive où menaçante" sondern nur „conservatrice et passive" verleihe. Es frage sich nur, ob Oesterreich diesen Vorschlägen zustimmen werde, ob man im Falle seiner Weigerung darauf beharren oder sich das Recht vorbehalten solle in der Zukunft auf diese Combination, sei es nun mit Oesterreich oder mit Preußen, zurückzukommen.

Der Czar war diesem Vortrage mit Aufmerksamkeit gefolgt. Seine nächste Frage aber war, was Stein von diesen Ansichten halte. Als ihm darauf Kapodistrias entgegnet hatte, daß er gleicher Meinung sei, nach seinem Ermessen aber zur Durchführung dieser Vorschläge in erster Linie eine Verständigung mit Preußen erforderlich scheine, so befahl ihm Alexander, diese anzubahnen.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Kapodistrias und Stein hatten daher am 11. Februar eine Conferenz mit Hardenberg.[1]) Der preußische Minister scheint von der Interpellation der beiden Staatsmänner überrascht worden zu sein, denn anstatt triftige Gründe gegen das Projekt vorzubringen, wie sie später von seinem Mitbevollmächtigten W. v. Humboldt geltend gemacht wurden, suchte er seinen Widerwillen dagegen auf die Geistlosigkeit der österreichischen Dynastie und Regierung zu begründen. Stein aber erwiederte ihm treffend, diese Unvollkommenheiten seien vorübergehend, hier komme es auf Verfaßungseinrichtungen an. Die Befugnisse des Kaisers darzulegen, behielt er sich für eine besondere Denkschrift vor. Ihre sofortige Ausarbeitung übertrug er nach der Conferenz dem Grafen Solms-Laubach, den wir schon an der Frankfurter Besprechung hatten Theil nehmen sehen. Schon den 12. hatte er auch eine Unterredung mit Metternich, und dieser zeigte sich, entgegen seinen früheren Aeußerungen, nunmehr der Uebertragung der Kaiserwürde an Oesterreich nicht abgeneigt, versprach auch mit dem Grafen Solms und dem Freiherrn von Plessen, dem einflußreichsten der kleinstaatlichen Gesandten, sich deshalb ins Benehmen zu setzen.

Diese Meinungsänderung des österreichischen Staatskanzlers dürfte indessen schwerlich mit der bei Gelegenheit der standesherrlichen Adresse hervorgetretenen Geneigtheit des Kaisers Franz zur Wiederannahme der deutschen Krone in Verbindung zu bringen sein. Für Metternich, dem bekannter Maßen Deutschlands Wohlergehen höchst gleichgültig war, kam in der That im damaligen Momente das Kaiserprojekt ganz erwünscht. Seit November hatte sich die Situation wesentlich geändert. Das vorher so gefügige Preußen hatte der österreichischen Politik in wichtigen Fragen die

---

[1]) Pertz IV, 322. Die heftige Erbitterung gegen Hardenberg, die in Steins späterem Leben sehr oft hervortritt, war damals noch nicht vorhanden, wenn wir dem Hardenberg sehr gewogenen Varnhagen von Ense, Denkwürdigkeiten des eigenen Lebens III, 242 gegenüber den Angaben Gagerns Glauben schenken dürfen.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

heftigste Opposition gemacht und wenn es auch, Dank den guten Diensten Talleyrands und Castlereaghs, gelungen war, dasselbe zu einer Reduction seiner Ansprüche zu bewegen, so unterschätzte man doch die zukünftige Gefahr seiner Nebenbuhlerschaft an den deutschen Höfen keineswegs. Zudem suchte man auch nach einer Stütze gegen die Ansprüche Baierns, das alle Miene machte, Preußens Rolle im Süden zu übernehmen und wegen seiner Vergrößerungsgelüste gerade damals der Gegenstand der heftigsten Angriffe Steins war.[1]) So mußte eine engere Verbindung mit Deutschland jetzt weit mehr als früher in Metternichs Planen liegen. Es kam ihm dabei nicht darauf an, ob das Bindemittel, die neue Kaiserwürde, mit wirklichen Machtbefugnissen ausgestattet sei; sie sollte lediglich als eine unter Umständen recht brauchbare politische Handhabe für die Politik des Wiener Cabinets dienen.

Stein war voll der besten Hoffnungen. Nachdem er vom Grafen Solms das für den österreichischen und preußischen Hof bestimmte Memorandum schon nach zwei Tagen erhalten hatte, suchte er auch persönlich auf Alexander zu wirken. In einer Audienz, die er den 17. Februar bei diesem hatte, trug er eine Denkschrift[2]) über die Wiederherstellung der Kaiserwürde vor, worin er die Argumente des Grafen Kapodistrias für schlagend erklärte und weiter ausführte, außerdem aber zu dem sonderbaren Resultat kam, daß Preußens nahe Verbindung mit Deutschland sich schon von selbst ergebe, Oesterreich dagegen, „das durch seine geographische Lage zur Seite Deutschlands geschoben werde, dessen Theilnahme an Deutschland stets dem, was ihm augenblicklich passe, untergeordnet sein werde"[3]) das ein geringeres Interesse an Deutschland habe als Preußen, durch ein verfaßungsmäßiges Band mit dem übrigen Deutschland verbunden werden müße, um die-

[1]) Pertz IV, 323 ff.

[2]) Pertz IV, 329 ff., der Text in Beilage 36 desselben Bandes.

[3]) «l'interet, qu'elle prendra à l'Allemagne sera toujours subordonné à ses convenances momentanées.»

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

sem nicht entfremdet zu werden. Ein solches Band erblickte Stein in der in Oesterreichs Regentenhause erblichen Würde eines deutschen Kaisers. An diese eigenthümliche Begründung schloß sich eine Auseinandersetzung der Machtbefugnisse, die der Kaiser besitzen sollte. Hier läßt sich an mehreren Punkten der Einfluß des Solmsischen Berichts[1]) nicht verkennen. Der Kaiser sollte mit dem Bundestage das Recht der Gesetzgebung, der Kriegserklärung und des Friedeusschlußes theilen, das Antragsrecht besitzen, die Beschlüße des Bundestags sanctioniren. Er ernennt den Präsidenten des obersten Gerichtshofes, während dessen Mitglieder durch den Bundestag bestellt werden; er läßt die Urtheile vollstrecken. In Kriegszeiten hat er die Leitung der Kriegsmacht des Reichs gemeinsam mit drei Fürsten, von welchen einer stets der König von Preußen ist, die beiden andern werden vom Bundestag erwählt. Mit diesen drei Fürsten liegt auch dem Kaiser ob die Handhabung des Reglements für die militärische Organisation, die Heeresformation, die Inspection und Unterhaltung der festen Plätze u. s. w. In den freien Städten hat der Kaiser das Recht der Rekrutirung und der Werbung solcher Unterthanen der Fürsten, die ihren militärischen Verpflichtungen gegen diese nachgekommen sind. Die Ehrenrechte des Kaisers bestehen im Kaisertitel, seiner Eigenschaft als erblichem Oberhaupte des Bundes, in der Ausübung der Gesetzgebung und Rechtsprechung in seinem Namen; er stellt die Accreditive der vom Bundestage zu Unterhandlungen mit auswärtigen Mächten ernannten Gesandten aus. Sein eigener Bevollmächtigter beim Bundestage hat den Rang eines kaiserlichen Commissarius.

„Alexander, so berichtet Pertz,[2]) wohl nach Steins persönsönlichen Mittheilungen, hatte diesen Ausführungen mit Theilnahme zugehört und sah lebhaft die Nothwendigkeit des Vorschlags ein. Er äußerte seinen Entschluß, auf dessen Verwirklichung hinzuwirken,

---

[1]) Pertz IV, Beilage 35.

[2]) IV, 338.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

sobald er der Zustimmung des Königs von Preußen gewiß sei. Stein bemerkte ihm, der Staatskanzler Hardenberg scheine nicht geneigt, hingegen habe General Knesebeck ganz beigestimmt." Den folgenden Tag (18. Februar.) las er seine Denkschrift auch Alexanders Ministern Rasumofsky und Kapodistrias vor und theilte sie Hardenberg mit.

Man begreift wirklich nicht, wie ein Mann von Steins Verstandesschärfe sich für ein solches Projekt ereifern, wie er von solchen Vorschlägen Heil für das Vaterland erwarten konnte. Mag auch die Aussicht, für den Fall der Annahme des Planes Vertreter des Kaisers bei der Bundesversammlung zu werden und in dieser Stellung für den Ausbau der neuen Reichsverfaßung kräftigst wirken zu können, nicht ohne Einfluß auf sein Vorgehen gewesen sein,[1]) bei ruhigerer Ueberlegung konnte er seine Persönlichkeit doch auch nur als „vorübergehend" betrachten und wer bot ihm eine Garantie für spätere Zeiten? Oesterreich sollte durch die Kaiserkrone in die Verbindung mit Deutschland hineingezwängt werden, nicht um diesem, sondern um sich wesentliche Vortheile zu gewähren. Das hieß das alte System der Habsburger, der Ausbeutung Deutschlands für ihr Hausinteresse, verewigen. Zu diesen, man muß es geradezu sagen, eines Stein unwürdigen Ideen, bildete die Definirung der kaiserlichen Rechte einen entsprechenden Schluß. Glaubte Stein wirklich, daß der Schattenkaiser, den er da construirt hatte, zur Befestigung der Einheit des Vaterlandes dienen könne? Oder daß dem österreichischen Monarchen die politischen Vortheile der Kaiserwürde so überwiegend erschienen, daß er sich ihrethalben zu einer so kläglichen Rolle hergeben würde? Wir möchten Beides bezweifeln. Stein hatte in seiner täglich zunehmenden Misstimmung über die Behandlung der deutschen Frage die Kaiseridee, die, wie wir sahen, gar nicht ihm, sondern Gagern und einer Anzahl kleinstaatlicher Minister ihr neues Auftauchen verdankte, zu der seinigen gemacht, war durch die Intriguen der

---

[1]) Pertz IV, 388.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

russischen und österreichischen Politik in seinem Vorgehen bestärkt worden und hatte sich nun, wie man zu sagen pflegt, festgerannt.[1]) Das für seinen Stolz schmerzliche Bewußtsein, freiwillig den Rückzug antreten zu müßen, ward ihm durch die Erklärungen erspart, welche die beiden deutschen Großmächte wenige Tage nach jenem Vortrage bei Alexander abgaben. Den 20. Februar ließ Fürst Metternich in einer Unterredung mit dem Grafen Solms schon nichts mehr von der Geneigtheit Oesterreichs zur Annahme der deutschen Krone erkennen, die er acht Tage vorher in der Besprechung mit Stein an den Tag gelegt hatte. Er äußerte nunmehr, er könne weder dazu rathen noch abrathen, in Norddeutschland seien die kleineren Fürsten dafür aber Preußen dagegen. Mit dieser Macht werde Oesterreich im Falle der Annahme in Conflict kommen. Ohnehin, setzte er hinzu, und ließ damit die Gründe deutlich durchschimmern, aus welchen er allenfalls für Oesterreich die Kaiserkrone gewünscht hatte, sei im Norden schon durch das neugeschaffene Königreich der Niederlande ein Gegengewicht vorhanden. Im Süden hindere Baiern jede ernstliche Ausübung der Kaisergewalt, außerdem scheine dort viel weniger

---

[1]) So faßt, unserer Ansicht nach, ganz richtig v. Bernhardi, Gesch. Rußlands I, 154 diese letzten Schritte Steins auf. Const. Rößler in der „Zeitschrift für preuß. Geschichte und Landeskunde" IX, 79 meint: „Die Erklärung für diese befremdlichen Ideen Steins liegt wohl in einer bekannten brieflichen Aeußerung desselben, worin er seine Bewunderung über die unerschöpfliche Nachhaltigkeit ausspricht, die Oesterreich in den wiederholten Kämpfen mit Napoleon bewiesen habe. (Rößler meint damit wohl den Brief an Kaiser Franz, bei Pertz IV, 448). Stein scheint neben untergeordneten Eindrücken von dem Gedanken befangen worden zu sein, daß man eine solche unerschöpfliche Kraft nicht von Deutschland abwenden lassen dürfe, dem er sammt Preußen offenbar eine geringe Fähigkeit der Selbsterhaltung zutraute. Er wußte den siebenjährigen Krieg und das Jahr 1813 als Maßzeichen der inneren Volkskraft nicht genügend zu schätzen." Wir glauben in unserer Darstellung Steins Motive zur Abfaßung der merkwürdigen Denkschrift weit natürlicher aus dem Gang der Begebenheiten erklärt zu haben. Ueber den Vorwurf, den ihm Rößler in Betreff seiner Anschauungen über Preußen macht vgl. den Excurs.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

als im Norden der Wunsch nach einer Verfaßung zu herrschen (d. h. natürlich bei den Fürsten.).

Die Ansicht Metternichs war jedoch im österreichischen Cabinet keineswegs die allgemeine. Denn der zweite Bevollmächtigte desselben, Freiherr von Wessenberg, erklärte gerade in diesen Tagen dem Freiherrn von Plessen, seiner Meinung nach sei die Annahme der Kaiserwürde rathsam für Oesterreich. An dieser Ueberzeugung hielt er auch, als die Frage längst durch Preußens Widerspruch entschieden war, noch immer fest.[1]) Aber auch Kaiser Franz hatte unterdessen eine neue Schwenkung gemacht. Wahrscheinlich wenig erbaut von den Prärogativen, die Stein und seine Freunde der neuerstandenen Krone einräumen wollten, vielleicht auch von der Weigerung des Berliner Hofes überzeugt, dazu unter dem Einfluße einer specifisch österreichischen Feudalpartei, an deren Spitze die Grafen Zichy und Ugarte traten,[2]) erklärte er im Widerspruch mit den Zusicherungen, die er im October 1814 der Deputation der Standesherren gemacht hatte, nun dem Fürsten von Nassau-Weilburg seine entschiedene Abneigung gegen die Würde. Kurz darauf erfolgte auch eine officielle Antwort Preußens auf die Steinsche Denkschrift. Ihr Verfaßer war Wilhelm von Humboldt, unter den deutschen Staatsmännern des Congresses neben Stein sicher der hervorragendste. Sein berühmtes vielbesprochenes Memoire, „sur le rétablissement de la dignité Imperiale en Allemagne“ vom 24. Februar[3]) unterschied sich gleich von vorneherein dadurch vortheilhaft von den Einwänden, die Hardenberg bis dahin und später gegen ein habsburgisches Kaiserthum vorbrachte, daß darin das deutsche und nicht das preußische Interesse in den Vordergrund gestellt wurde. Es nannte die Idee Steins

[1]) Pertz IV, 375.

[2]) Pertz a. a. O.

[3]) An diesem Tage erhielt es Stein zum Lesen. Pertz IV, 335. Den Vertretern der Mächte scheint es erst den 3. März überreicht worden zu sein, an welchem Tage Stein Abschrift davon empfieng. Pertz IV, 344. Text ebendas. Beilage 39.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

„spécieuse en théorie“ aber unausführbar. Denn, so lautet gleich der erste Paragraph, es ist unmöglich, einem deutschen Kaiser die erforderliche Macht zu geben. Preußen kann sich dem nicht unterwerfen, Baiern und die anderen mächtigeren Fürsten werden es nicht wollen. Ohne diese Macht aber werde der Kaiser keinen hinlänglichen Vortheil von seiner Würde haben oder er werde stets das Interesse seiner Staaten dem Deutschlands vorziehen, was für dieses und die fremden Mächte gefährlich sei. Diese Gefahr erscheine am größten, wenn man die Krone Oesterreich übertrage. Denn dieser Staat habe durch seine jüngste Arrondirung alle früheren Beziehungen zum Westen Deutschlands verloren. Und selbst als er diese durch eigene Besitzungen und seinen Einfluß auf die geistlichen Fürsten noch gehabt habe, sei von ihm stets der Vortheil Deutschlands dem seiner Erblande untergeordnet worden. Man denke nur an den Frieden von Campoformio. Jetzt, wo durch die neue Ländervertheilung Oesterreichs politische Interessen im Osten Europas und in Italien lägen, sei die Gefahr einer Dienstbarmachung der deutschen Staaten zu seinen Sonderzwecken noch mehr als zuvor vorhanden. Feindseligkeiten zwischen Oesterreich und Preußen, ein Vasallenverhältnis der Kleinstaaten zum Kaiser, wie seiner Zeit im Rheinbunde zu Frankreich, würden die Folge sein. Dies widerspreche jedoch den Bestimmungen des Pariser Friedens. Die fremden Mächte hätten aber ein offenbares Interesse daran, den Artikel VI desselben aufrecht zu erhalten, wonach Deutschland einen Bund von unabhängigen Staaten bilden sollte. Denn obschon diese Bestimmung nicht dem Wortlaute nach die Wiederherstellung der Kaiserwürde ausschließe (wie seiner Zeit Münster der Declaration der 31 gegenüber behauptet hatte[2]) so wiße man doch allgemein, daß dieser Ausschluß in der Absicht

---

[1]) Les puissances étrangères ont un intérêt evident de maintenir la disposition du traité de Paris, qui veut, que l'Allemagne soit une ligue d'Etats indépendants.

[2]) Klüber I, 1, 85.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

der Contrahirenden gelegen habe.[1]) Die Vortheile, welche ein Bund ohne Haupt gegenüber einer Kaisergewalt gewähre, wie sie unter den gegenwärtigen Machtverhältnissen der deutschen Staaten überhaupt möglich sei, werden nun ausführlich auseinandergesetzt. Darunter scheint uns heute im Munde eines preußischen Staatsmannes besonders der Satz auffallend, daß ein Föderativsystem seinen Mitgliedern die Möglichkeit gebe, der großen Politik fern zu bleiben und sich an andere benachbarte Mächte anzuschließen oder Neutralität zu behaupten.[2]) Schließlich spricht Humboldt die Hoffnung aus, daß eine leicht zu verbeßernde Bundesverfaßung mehr dem Geiste unserer aufgeklärten und vorwärts strebenden Nation entsprechen werde, als ein Kaiserthum, dessen stabile Politik mit dem Volksgeiste wahrscheinlich bald genug in Widerspruch gerathen werde. Die Ruhe und Sicherheit Deutschlands und ihr Einfluß auf das europäische Gleichgewicht hänge stets von der Eintracht zwischen Preußen und Oesterreich ab. Deshalb müße bei der Gründung einer deutschen Verfaßung Alles vermieden werden, was Uneinigkeit zwischen diesen beiden Mächten erregen könnte und diese Verfaßung außerdem so gestaltet werden, daß selbst für den unglücklichen Fall eines Krieges zwischen denselben die Wirkung für Deutschland und Europa weniger fühlbar werde. Die Kaiserwürde aber erzeuge schon durch ihre Existenz ein feindseliges Verhältnis zwischen Oesterreich und Preußen und zwinge Deutschland im Falle eines Kampfes zwischen diesen beiden Mächten sich entweder auf die Seite Oesterreichs zu stellen oder die Verfaßung zu brechen. Ein Bund dagegen mache die Beziehungen beider Großstaaten zueinander möglichst sanft und ungefährlich. Sollte nichtsdestoweniger ein Krieg zwischen ihnen entstehen, so könne ja Deutschland unter dem Schutze Baierns, der anderen Mittelstaaten und der fremden Mächte eine verfaßungsmäßige Neutralität beobachten. Sollte es aber dennoch in den Kampf hineingerißen werden, so würden sich seine Fürsten

[1]) Nous savons tous, que cette exclusion étoit dans l'intention des parties contractantes.

[2]) § 8 des Memoires.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

wahrscheinlich zwischen beiden Kämpfern theilen und deren Gewicht dadurch für Europa weniger furchtbar sein.

Deutlicher konnte Preußen nicht sprechen, als es hier sein geistvollster Vertreter gethan hatte. Das Kaiserprojekt war damit thatsächlich gefallen, die Schritte, welche später noch zu seiner Verwirklichung geschahen, vollkommen nutzlos. Der größte Theil der Gründe, die Humboldt dagegen vorgebracht hatte, war ohne Zweifel durchaus treffend. Die Unmöglichkeit, dem Kaiser eine factische Macht zu verleihen, die Charakteristik der früheren und zukünftigen Sonderpolitik Oesterreichs, die Wichtigkeit der Harmonie Oesterreichs und Preußens für den Frieden Deutschlands und Europas waren mit überzeugender Klarheit dargestellt, die Unhaltbarkeit des ganzen Projekts unwiderleglich bewiesen. Um so mehr befremden, ja mit Trauer erfüllen muß es uns, wenn wir sehen, wie auch der preußische Staatsmann, nicht minder edel und deutschgesinnt als Stein, an das Interesse des Auslands und er sogar an das für die deutsche Zerrißenheit appelliren muß. In der Intention der Unterzeichner des Pariser Friedens lag es also nicht, daß Deutschland wieder eine einheitliche Spitze erhalte! Und was sollen wir zu dem achten Paragraphen sagen, worin Anarchie und die Möglichkeit von Bündnissen deutscher Fürsten mit dem Auslande unter den Vortheilen der Bundesverfaßung aufgezählt werden? Vollends einen großen Theil des Schlußparagraphen können wir heute mit ungläubigem Lächeln lesen. Im Falle eines Krieges zwischen Preußen und Oesterreich sollten Baiern, die übrigen Mittelstaaten und — die fremden Mächte die Schützer der Neutralität der Kleinen sein! Wie es an Lust zu dieser Rolle bei unserem westlichen Nachbar, selbstverständlich gegen die entsprechenden „Compensationen," nicht gefehlt hat, wie aber seine Anerbietungen und Interventionsgelüste an der Festigkeit eines deutschgesinnten Königs und seines großen Ministers scheiterten, darüber haben uns die diplomatischen Enthüllungen aus der Zeit des jüngsten Kampfes gegen Frankreich genügend aufgeklärt. Auch der Schlußgedanke Humboldts ist an die Adresse der fremden Mächte ge-

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

richtet. „Bei einer losen Bundesverfaßung werden, selbst für den Fall, daß die kleineren deutschen Staaten in den Kampf hineingezogen werden, diese sich zwischen den Kämpfenden theilen und so — hier drückt sich Humboldt nur diplomatischer aus — der Sieger nicht die erste Großmacht Europas werden!"[1])

Nachdem Stein die Denkschrift gelesen hatte, fügte Hardenberg noch einige persönliche Bemerkungen hinzu, die sich indessen an Gewicht mit den Humboldtschen nicht messen konnten. „Er könne, so ließ er sich vernehmen,[2]) als preußischer Minister nicht in eine Vermehrung der österreichischen Macht durch die Kaiserwürde einwilligen, auch Hannover werde dies nicht thun; Oesterreich habe ohnehin Neigung zu einer Coalition mit Baiern und Frankreich gegen Rußland, Preußen und England; er selbst werde in Berlin Alles gegen sich empören, wenn er Oesterreich einen solchen Einfluß einräume." Auf Steins Bitte um eine Abschrift des Humboldtschen Memoires versprach Hardenberg ihm eine solche, sobald er es seinem Könige vorgelegt haben werde, drang aber zugleich sehr in Stein, von seinem Projekte abzustehen, da es nur Veranlaßung zur Eifersucht zwischen Oesterreich und Preußen gebe.

Nach diesen Aeußerungen des österreichischen und preußischen Cabinets mußte Stein eigentlich seinen Versuch als gescheitert ansehen. Dennoch gab der Unermüdliche die Hoffnung noch nicht ganz auf. Noch denselben Tag hatte er eine Unterredung mit dem Herzog von Wellington, dem neuen Vertreter Englands, über die deutsche Frage und suchte auch diesen für die Wahl eines Bundesoberhauptes zu gewinnen, allein vergeblich. Der Herzog hielt unter den obwaltenden Verhältnissen, bei Oesterreichs und Preußens Weigerung, die Ernennung eines solchen Oberhauptes

---

[1]) Eine treffliche Analyse der Denkschrift findet sich bei R. Haym „Wilhelm v. Humboldt" 339 ff. In O. Meyer's Vortrage „Der Freiherr vom Stein über deutsche Einheit und deutsches Kaiserthum" Rostock 1871 ist S. 76 ihrer Wichtigkeit in der Kaiserfrage zu wenig gedacht.

[2]) Pertz IV, 338.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

für unmöglich. Damit konnte man, um mit L. Häusser zu reden,[1]) die Sache als abgethan betrachten. Hardenberg, aufs Aengstlichste bemüht, Alles zu vermeiden, was zum Conflicte zwischen den beiden deutschen Großmächten führen konnte, verweigerte sogar die Auslieferung der Humboldtschen Denkschrift, obwohl er sie Stein versprochen hatte. Dies veranlaßte Stein durch Wilhelm von Humboldt, der ihm persönlich die Gründe dieser Weigerung mittheilte, den preußischen Staatskanzler ersuchen zu laßen, selbst dem Czaren seinen Widerspruch gegen das Kaiserprojekt begründen zu wollen. Bevor aber die betreffende Audienz stattfand, versuchte es Stein, trotz Allem, was vorhergegangen war, zum letzten Male brieflich Hardenberg umzustimmen. Er gieng in einem vom 27. Februar datirten Briefe[2]) so weit, das kaiserliche Ansehen noch in den Jahren 1805 und 1806 unmittelbar vor Auflösung des Reiches „eine wohlthätige, schützende Macht" den Uebergriffen Baierns und der Kleinstaaten gegenüber zu nennen und erklärte dann: „Die Aufstellung einer leitenden Einrichtung des Bundes, mag man ihr nun einen geschichtlichen Namen geben, der soviel Erinnerungen zurückruft, wie der des Kaisers oder einen anderen, einer mit Rechten ausgestatteten und mit bestimmter Verantwortlichkeit beladenen Einrichtung, ist so wesentlich, um einer Versammlung, wie der Bundestag, einen regelmäßigen fortschreitenden Gang zu ertheilen, daß ich die Abwesenheit einer solchen Einrichtung als einen Grund betrachte, wodurch der Bundestag von seiner Geburt an gelähmt sein wird." Zum Schluße kommt er nochmals auf die von Kapodistrias und ihm aufgestellte Behauptung von der Nothwendigkeit Oesterreich durch „Gründe des Vortheils und der Pflicht" an Deutschland zu knüpfen, zurück und ersucht den Staatskanzler in der Audienz bei Alexander darauf Rücksicht zu nehmen.

In der am 2. März stattfindenden Audienz erklärte sich jedoch, wie vorauszusehen war, Hardenberg gegen die Wiederher-

---

[1]) Deutsche Geschichte IV, 680.

[2]) Bei Pertz IV, 342 ff.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

stellung der Kaiserwürde und damit war es mit Alexanders Interesse für diese Angelegenheit vorbei. Es konnte nun nichts mehr nützen, daß Stein sich aufs Heftigste gegen die Humboldtsche Denkschrift, die er zwei Tage nach der Audienz erhielt, aussprach. Er fühlte selbst, daß er jeden Rückhalt verloren habe und beschloß, über den Verlauf der deutschen Verfaßungsfrage aufs Höchste misgestimmt, den Congreß zu verlaßen. „Ich hoffe, schrieb er im Anfang März an seine Frau, am 15. abzureisen, und in meine Familie zurückzutreten, um sie nicht wieder zu verlassen — zu glücklich diese unbestimmten und schwankenden Verhältnisse zu verlassen, in denen ich mich seit 1812 befinde."[1]) Allein ein unerwartetes Ereignis hielt ihn, so gern er auch abreisen wollte, wie dies wiederholte briefliche Aeußerungen bekunden, noch über zwei Monate in Wien zurück. Napoleon hatte Elba verlaßen und war am 1. März an der Südküste Frankreichs gelandet. Rasch waren ihm Volk und Heer wieder zugefallen, der Riesenkampf gegen den Gewaltigen mußte von Neuem beginnen. Die Kunde von seiner Landung schien anfangs alle Angelegenheiten des Congresses ins Stocken bringen zu wollen. Doch bald faßte man sich, vergaß den inneren Zwist und einigte sich zum zweiten Male gegen den furchtbaren Feind. Während die Heere der Alliirten sich wiederum gegen Frankreich in Bewegung setzten, ward endlich die Berathung der deutschen Verfaßung ernstlich in Angriff genommen. Nochmals versuchten die Kleinstaaten eine zustimmende Erklärung der deutschen Großmächte über die Erneuerung des Kaiserthums zu erlangen, selbstverständlich ohne Erfolg. An diesem Schritte, sowie an den nun folgenden Verhandlungen, die schließlich den 8. Juni zur Unterzeichnung der Bundesacte führten, nahm Stein nicht mehr Theil. Er sah seine Rolle in der deutschen Frage als ausgespielt an. Den 28. Mai verließ er Wien. Seine Erwartungen von der neuen Verfaßung Deutschlands waren gering, die Wirklichkeit blieb noch hinter diesen Erwartungen zurück. Hören

---

[1]) Pertz IV, 346.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

wir noch sein Urtheil über jenen Vertrag, der 51 Jahre lang die deutschen Stämme verband, aus einer Denkschrift, die er den 24. Juni 1815 dem russischen Cabinet zu Frankfurt übergab.[1]) Darin sagt er: „Jeder Mann, der sein Vaterland liebt und dessen Glück und Ruhm wünscht, ist berufen, zu untersuchen, ob der Inhalt dieser Urkunde entspricht der Erwartung der Nation, der Größe ihrer Anstrengungen, ihrer Leiden, der Thatkraft und Beschaffenheit des Geistes, der sie jene zu machen und diese zu ertragen in Stand setzte? ob sie in dieser Urkunde die Gewähr ihrer bürgerlichen und politischen Freiheit findet? ob die dadurch geschaffenen Einrichtungen dem durch die verbündeten Herrscher in ihren Bekanntmachungen verkündeten Zweck des Krieges entsprechen, und den Grundsätzen gemäß sind, welche der Kaiser (Alexander) in seinem politischen Betragen gegenüber den fremden Völkern, der Schweiz 2c. bekundet hat." Und ferner nach einem Rückblick auf des Czaren nicht erfüllte Versprechungen: „Unsere neuen Gesetzgeber haben an die Stelle des alten deutschen Reiches mit einem Haupte, gesetzgebender Versammlung, Gerichtshöfen, einer inneren Einrichtung, die ein Ganzes bildete — einen Deutschen Bund gesetzt, ohne Haupt, ohne Gerichtshöfe, schwach verbunden für die gemeine Vertheidigung. Die Rechte der Einzelnen sind durch nichts gesichert als die unbestimmte Erklärung, „daß es Landstände geben solle"; ohne daß Etwas über deren Befugnisse festgestellt ist (Art. 13) und durch eine Reihe Grundsätze (Art. 18) über die Rechte jedes Deutschen, worunter man die Habeas Corpus, die Abschaffung der Leibeigenschaft ausgelassen hat, und welche durch keine schützende Einrichtung verbürgt werden."

Die ihm ein halbes Jahr später von Oesterreich angebotene Präsidentenstelle bei dem Bundestage lehnte er ab, ebenso den ihm von Preußen angetragenen Gesandtschaftsposten, letzteren ebenso sehr in dem Bewußtsein, unter den obwaltenden Verhältnissen dem

---

[1]) Bei Pertz IV, 444 ff.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Vaterlande in dieser Stellung nichts nützen zu können,[1]) als aus Antipathie gegen Hardenberg, gegen den er seit seinem Auftreten zu Wien und in den Verhandlungen, welche dem zweiten Pariser Frieden vorhergiengen, die größte Verachtung hegte. Zu untersuchen, ob sie eine ganz gerechtfertigte war, ist hier nicht der Ort. Ohne uns zum Lobredner Hardenbergs machen zu wollen, glauben wir doch mit Sicherheit behaupten zu können, daß kein Historiker, dessen oberster Grundsatz die Wahrheit ist, den Platz, welchen dieser Staatsmann in der Geschichte einzunehmen hat, lediglich nach den Aeußerungen seines großen Gegners bestimmen wird.

Nach der zweiten Rückkehr aus Paris im Herbste 1815, wo auch sein Versuch, für Deutschland eine beßere Westgrenze zu erlangen, scheiterte, kehrte Stein ins Privatleben zurück, das er nun, seine nur periodische Thätigkeit als westphälischer Landtagsmarschall von 1826 an abgerechnet, nicht mehr verließ. Trotz seiner „betrogenen Hoffnungen von einem nahen besseren Zustande Deutschlands"[2]) erkaltete nie seine warme Theilnahme für alle vaterländischen Angelegenheiten. Besonnener Fortschritt auf staatlichem Gebiete war seine Parole. Wir leben, schreibt er im Januar 1818 an seinen Freund und Mitkämpfer Ernst Moritz Arndt[3]), in einer Zeit des Uebergangs, wir müssen also das Alte nicht zerstören, sondern es zeitgemäß abändern und uns sowohl den demokratischen Phantasten als den gemietheten Vertheidigern der fürstlichen Willkür widersetzen." Von Jahr zu Jahr sah der Greis mit größerer Freude auf das Emporblühen Preußens, unter dessen großem Könige einst seine Laufbahn begonnen, dem er seine besten Mannesjahre gewidmet hatte. In ihm sah er den Staat der deutschen Zukunft, während er sich von Oesterreich und dessen Lenkern mehr und mehr abwandte. Ein bestimmtes poli-

[1]) Vgl. darüber s. Brief an den Herzog von Dessau bei Pertz V, 25 und die Selbstbiographie V, Beil. 28, 196.

[2]) Selbstbiographie a. a. O.

[3]) E. M. Arndt, Nothgedrungener Bericht II, 152.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

tisches Programm aber hat er nicht hinterlaßen. So glaubt jede Partei, möge sie groß- oder kleindeutsch genannt werden, sich berechtigt, ihn den Ihren zu nennen. Keinen schlagenderen Beweis gibt es für die Größe des Mannes. Er war in Wahrheit des alten Reiches „letzter Ritter.“ Und der feste Glaube an seines Volkes Zukunft, mit dem er dahingieng, er hat ihn nicht betrogen. Denn als am 9. Juli 1872 an den Ufern der Lahn die dankbare Nachwelt sein Marmorbild enthüllte, da stand an der Spitze der glänzenden Festversammlung der erste Kaiser des neuerstandenen Reiches, der erschienen war, um dem unermüdlichen Kämpfer für die politische Größe und Freiheit unserer Nation seine Huldigung darzubringen, wie er sie wenige Jahre zuvor zu Worms den Manen unseres großen, Stein so geistesverwandten, Reformators dargebracht hatte.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf